Deutscher Bundestag **Drucksache 14/5758**

14. Wahlperiode 03. 04. 2001

Antrag

der Abgeordneten Birgit Schnieber-Jastram, Karl-Josef Laumann, Brigitte Baumeister, Rainer Eppelmann, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Julius Louven, Wolfgang Meckelburg, Claudia Nolte, Hans-Peter Repnik, Franz-Xaver Romer, Heinz Schemken, Johannes Singhammer, Dorothea Störr-Ritter, Andreas Storm, Matthäus Strebl, Peter Weiß (Emmendingen), Gerald Weiß (Groß-Gerau) und der Fraktion der CDU/CSU

Im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit bei wichtigen Fragen des Arbeitsmarktes endlich handeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Dialog zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Politik im „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ ist grundsätzlich sinnvoll und als positiv zu werten. Der Sinn und Nutzen dieser Gespräche sowie die Atmosphäre, in der sie stattfinden, wird jedoch zunehmend durch die Gesprächsführung der Bundesregierung beeinträchtigt. So hat der Bundeskanzler als Moderator versagt, wenn beispielsweise Vertreter der Gewerkschaftsseite nach dem letzten Treffen von einer „Niederlage“ sprechen und als Konsequenz mit einer „schwierigen, möglicherweise auch explosiven Tarifrunde“ drohen. Zudem vermittelt die Bundesregierung den Eindruck, Themen, die ausschließlich den Verhandlungen zwischen den Tarifparteien vorbehalten sind, in das „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ einbringen zu wollen. Diese Absicht hat verschuldet, dass die IG-Metall nach der Ankündigung des Bundeskanzlers, im „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ auch Tariffragen besprechen zu wollen, einen Abbruch der Gespräche in Aussicht stellt und die Absicht des Bundeskanzlers als „zynisch und ein Hohn auf das Schicksal der Millionen Arbeitslosen“ beurteilt.

Andererseits werden Interessengruppen, deren Anliegen von der Bundesregierung in den Gesprächen vertreten werden müssten, dort völlig unzureichend berücksichtigt. So hat die Bundesregierung es bislang versäumt, die drängendsten Probleme des Arbeitsmarktes offensiv und ergebnisorientiert anzusprechen. Die immense Langzeitarbeitslosigkeit, der dramatische Stand der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern, die Chancen der Geringqualifizierten und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleiben bei den Gesprächen ebenso außen vor wie die notwendige Deregulierung des Arbeitsmarktes, die Probleme des Mittelstandes und der New Economy.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der Gespräche des „Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ darauf hinzuwirken, dass

1. das Problem der hohen Erwerbslosenquote in den neuen Bundesländern ausführlich und lösungsorientiert diskutiert wird,
2. die arbeitsmarktpolitischen Problemgruppen der Langzeitarbeitslosen, Geringqualifizierten und erwerbstätigen Erziehenden nicht nur thematisiert werden, sondern dass sie mit raschen und praxisnahen Maßnahmen unterstützt werden,
3. Ergebnisse erzielt werden, wie die derzeit ca. 1,5 Millionen unbesetzten Stellen möglichst schnell besetzt werden können,
4. die Probleme des Mittelstandes als größtem Arbeitgeber und die Probleme der New Economy als zukunftsträchtigem Arbeitgeber mehr als bisher in den Mittelpunkt der Diskussion und der im Bündnis getroffenen Vereinbarungen gestellt werden,
5. Vorschläge zu notwendigen Reformen des Arbeitsrechts unterbreitet und unverzüglich umgesetzt werden,
6. keine der teilnehmenden Tarifparteien sich in zusammenfassenden Äußerungen als Gewinner oder Verlierer sieht,
7. die Bundesregierung in Zukunft alle Äußerungen unterlassen wird, die darauf hindeuten, sie strebe im Rahmen der Gespräche des „Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ die Behandlung von Themen an, die eindeutig der Kompetenz der Tarifparteien obliegen.

Berlin, den 3. April 2001

Birgit Schnieber-Jastram
Karl-Josef Laumann
Brigitte Baumeister
Rainer Eppelmann
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Julius Louven
Wolfgang Meckelburg
Claudia Nolte
Hans-Peter Repnik
Franz-Xaver Romer
Heinz Schemken
Johannes Singhammer
Dorothea Störr-Ritter
Andreas Storm
Matthäus Strebl
Peter Weiß (Emmendingen)
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333